

Erst die Gemeinde, dann der Staat!

Von einem bekannten Mitgliede des Preussischen Abgeordnetenhauses wird uns geschrieben:

Wenn heute parteipolitische Organisationen zusammenkommen, dann steht die Frage der Wahlrechtsreform im Vordergrund des Interesses. Insbesondere wird das Wahlrecht zum Preussischen Abgeordnetenhaus einer sehr ausgiebigen Erörterung unterzogen. Sozialdemokratische und freisinnige Agitation hat ja schon seit Jahren dafür gesorgt, daß dieses Thema niemals ganz aus der Mode kam. Die Oberbühne des Königs von Preußen ist ein neuer Anlauf für die Freunde der Reformbewegung, entscheidend denn sie wird die gründliche Umgestaltung gefordert. So sehr man nun auch in ganz bewährter Weise die preussische Wahlrechtsreform in den Brennpunkt der Diskussion stellt, so ist es doch nicht möglich, unser Gemeinwohlrecht vollständig zu übersehen. Die Nationalliberalen haben sich längst auf einer Tagung in Berlin mit dem Problem beschäftigt, hatten aber glücklicherweise den billigen Trost zur Hand, daß die Wahlrechtsfragen den Parteipolitikern in den Einzelstaaten überlassen werden müßten. Auch der Freisinn beschränkt fälschlich auf diese „wichtigen Angelegenheiten der Gegenwart“. Und was am meisten überraschte, war: Nach den Berichten der freisinnigen Blätter verlangte die Partei auch für die Gemeinden das gleiche Wahlrecht, so wie wir es für den Deutschen Reichstag besitzen. Nun scheint die Darstellung der Presse nicht ganz richtig gewesen zu sein. Der Abgeordnete Dr. Wiemer verbreitet nämlich einen Artikel, wonach sich Reinigungsverschiedenheiten bei der Tagung ergaben. Und zum Schluß erklärt der Abgeordnete klar und deutlich: „Die parteipolitischen Verhältnisse, die von einer Reform des Gemeinwohlrechts berührt werden, liegen im Lande sehr verschieden. Gewiß ist es sehr mühsam, Reformen mit der parteipolitischen Rechenmaschine auf ihren Nutzen hin zu prüfen, aber es ist für eine politische Partei doch schließlich selbstverständlich, daß auch die parteipolitischen Verhältnisse einer Wahlrechtsreform ins Auge gefaßt und daraufhin geprüft werden, ob durch sie das Gemeinwohl gefördert oder beeinträchtigt wird.“ Diese wenigen Sätze lassen tief blicken. Sie zeigen vor allem, daß ein großer Teil des Freisinns an eine wirkliche Reform des Gemeinwohlrechts nicht denkt. Er befürchtet, daß durch die parteipolitischen Wirrungen eines gleichen Wahlrechts das Gemeinwohl benachteiligt wird. Eine solche Stellungnahme kann den Kenner der wirklichen Verhältnisse nicht im geringsten überraschen.

Die wirklichen Verhältnisse! Es hat einmal eine Zeit gegeben, als der Freisinn das heutige Landtagswahlrecht als weise, gerecht und ideal pries. „Nirgendwo hat die Abfassung des Wahlrechts nach dem Geist so begeisterte Lobredner gefunden, wie in den Reihen des Linkliberalismus“. Nun haben sich die Zeiten ja geändert. Geändert insofern, als der Fortschritt seine Wanderschaft von der Konfessions- und Zentrumspartei zu einer Sozialdemokratie auf der anderen Seite der ungeborenen Mehrheit der Mandate an sich zog. Und da kamen die Herren vom Freisinn immer mehr zu der Überzeugung, daß das preussische Wahlrecht das „elendeste aller Wahlsysteme“ sei, daß das gleiche Wahlrecht unüberwiegend eingeführt werden müsse. Von diesem erwartete man eine linksliberal-sozialdemokratische Mehrheit. Würde die heutige Mehrheit des Abgeordnetenhauses ihre Hand zu einer radikalen Änderung bieten, so wäre sie für immer Wahrheit gewesen. Der Krieg hat zweifellos den Radikalismus der Massen außerordentlich verstärkt. Sozialdemokratie und Linkliberalismus sind vollständig

davon überzeugt, daß sie nach vollzogener Reform sofort die Macht in die Hand bekommen. Dann können sie ihre Ideen bezüglich Kirche und Schule rücksichtslos zur Durchführung bringen. Da sich nun aber bei dem Linkliberalismus und bei der Sozialdemokratie Parteipolitik und Gemeinwohl decken, so wird eben im Interesse des Gemeinwohls das gleiche Wahlrecht verlangt. Anders liegen die Verhältnisse in den Kommunen. Mit ganz wenigen Ausnahmen werden dank des Dreiklassenwahlrechts die größeren Städte vom Linkliberalismus regiert. Und das geht vielfach bis in die kleinsten Gemeinden herunter. Welche Folgen das hat, braucht man nicht weiter auszuführen. Das Beamtentum der Großstädte schließt immer mehr an, und da wird der Grundbesitz beobachtet: Dem Parteigenossen, nicht dem Tüchtigen, freie Bahn! Würde man aber für die Kommunen das gleiche Wahlrecht einführen, dann müßte der Freisinn in fast allen größeren Städten die Herrschaft an die Sozialdemokratie abtreten, während in kleineren und mittleren Gemeinden sich vielfach die Katholiken erfolgreich durchsetzen könnten. Der Freisinn aber will seine Macht behaupten und darum wird er, wenn es Ernst wird, für eine Änderung des Gemeinwohlrechts nicht zu haben sein, weil das dem Gemeinwohl aber, wie man besser sagt, dem parteipolitischen Interesse des Linkliberalismus nicht entspricht. Die Artikel der freisinnigen Presse, welche mit einem gleichen Wahlrecht liebäugeln, soll man durchaus nicht überschätzen. Tatsache ist, daß der Freisinn in seiner Mehrheit den Weg des Selbstmordes nicht beschreiten wird. Jüngst hat der Oberdeputierte einer großen liberalen Zeitung, das Blatt widmete seinem Vater einen Nachruf, in dem es dem Sinne nach hieß: Der Reichstagen sei seit Jahren für eine radikale Änderung des preussischen Wahlrechts eingetreten, doch ebenso energisch habe er dagegen Stellung genommen, dieses gleiche Wahlrecht nun auch in den Landstädten und in anderen großen Städten durchzuführen. Eine solche Offenheit ist allerdings in höchstem Maße erbaulich.

Das Wahlrecht soll geändert werden! Gut, dann müssen wir mit dem Kommunalwahlrecht beginnen. Erst die Gemeinde, dann der Staat! Wir haben in Preußen neun verschiedene Städteordnungen. Mit diesem alten Joch muß unter allen Umständen aufgeräumt werden. Es gilt Gleichheit für ganz Preußen zu schaffen. Das gleiche Wahlrecht soll zuerst in den Gemeinden eingeführt werden. Die Gemeinde ist der unterste Selbstverwaltungskörper. Dort man ein Haus, so fängt man mit dem Fundament, nicht aber mit dem Dachstuhl an. Soll es im Leben eines Volkes anders sein? Würde sich dann das gleiche Wahlrecht in den Gemeinden nicht bewähren, so ist eine Abänderung leichter möglich, als in einem Staate. Bewährt sich aber das gleiche Wahlrecht in den Kommunen, so kann man nach einem gewissen Zeitraum ruhig an die grundsätzliche Änderung des preussischen Wahlrechts herangehen. Das schließt freilich nicht aus, daß schon sofort nach dem Kriege die technische Seite des preussischen Landtagswahlrechts abgeändert wird: direkte und geheime Wahl. Im übrigen aber könnte man ruhig abwarten, wie sich die Entwicklung in den Städten gestaltet. Vor allem aber können kritisch denkende Wähler nicht zulassen, daß aufgrund eines ungerechten Wahlrechts die Macht des Freisinns in den Kommunen gelähmt bleibt, während durch die Abänderung des gleichen ungerechten Wahlrechts für Preußen der Linkliberalismus im Verein mit der Sozialdemokratie aus Ruder kommt. Darum nochmals: erst die Gemeinde, dann der Staat!

man fühle sich durch kein Geheimnis mehr gebunden. Grimm selbst werde sich zwei bis drei Tage zur Verfügung der russischen Regierung halten, nachdem seine Äußerungen schon früher für den 15. Juni vorgegeben war. Am Freitag spät nachmittags wurde Grimm in die Wohnung Stokelovs gerufen. Er begab sich, von Kretsch begleitet, dorthin und trat Juretsch, später auch Stokelov. Ohne weiteres wurde ihm erklärt, die Minister hätten seine Erklärung ungenügend. Die Regierung beabsichtige selbst keine Maßnahmen gegen ihn. Da aber zu befürchten sei, daß nach Veröffentlichung des Sachverhalts Auswärtigen eintreffen könnten, werde er höflich gebeten, sofort abzureisen, worin er willigte. Die Abreise Grimms wurde darauf sofort beschleunigt. Am folgenden Morgen verließ Grimm Petersburg und erreichte die Grenze ohne irgendwelche Schwierigkeiten.

Im Schluß erklärte Grimm, er habe es für unter seiner Würde, sich gegen den Vorwurf, er sei ein deutscher Agent, zu verteidigen. Er gehe aber eine solche Verdächtigung mit Verachtung hinweg. Bevor sie aus einandergingen, fragte Grimm Juretsch und Stokelov als Sozialisten, nicht als Minister, ob sie ihm für jählig hielten, die Rolle eines Agenten irgendwelcher Macht zu spielen. Beide verneinten diese Frage und erklärten, sie bewerteten, daß er in seiner Erklärung nicht schwächer aufgetreten sei. Wie Grimm mittels, stellte er bis zur Feststellung der Ursachen seiner Ausweisung kein Mandat für die Zimmerwälder Kommission der schweizerischen Parteien zur Verfügung und ersuchte die Schweizerische Partei, nach Kenntnisnahme der Tatsachen und des Untersuchungsergebnisses über seine politischen Mandate und seine Stellung in der Partei in der Schweiz zu entscheiden.

Der Fall Grimm — ein Theatercoup? Köln, 22. Juni. Die Köln. Ztg. meldet aus Wien: In der Angelegenheit Hoffmann-Grimm spricht das „Freundenblatt“ die Vermutung aus, daß es sich dabei um eine weitgespannte Intrige handle mit dem Zweck, Agitationsstoff gegen Deutschland in Russland zu liefern, und daß der verhandlungsunfähige Grimm dabei die Hand im Spiel habe. Grimms Ausweisung sei nur ein von den Veranstalter der Intrige wohlbedachter Theatercoup; Branting, der angeblich der Sache des Friedens dienen wolle, habe durch die Veröffentlichung der Depesche Hoffmanns eine Tat begangen, die seine angeblich so aufrichtigen Verkündigungen aus äußerster Schädigung. Brantings Rolle erscheine mehr als zweifelhaft.

Die Besetzung Griechenlands

Bern, 22. Juni. (B. Z. A. Nichtamtlich.) Der „Temps“ meldet aus Saloniki: Bredels wurde von einer französischen Abteilung besetzt. Griechische Truppen und die Gendarmerie zogen sich zurück.

Französisches Zeitungs- und Zeitschriftenverbot.

Paris: Der Kriegsminister befolgt, die Sendungen von Zeitungen und Zeitschriften durch Privatpersonen zu verbieten. Reisende dürfen keine Zeitungen mehr ausführen.

Staat und Nationalität

Zu den am lautesten ausgeführten Kriegsziele der Entente und des Herrn Wilson gehört bekanntlich die Befreiung der kleinen Nationen. Was darunter eigentlich verstanden sein soll, ist immer, wenn man auf Einzelheiten einging, außerordentlich unklar geblieben, und nur so viel stand fest, daß die Kriegzielpolitik der Entente natürlich nur diejenigen sogenannten kleinen Nationen betreffen wollten, die durch den Lauf der geschichtlichen Entwicklung unter deutsche, österreich-ungarische oder türkische Oberhoheit gekommen sind oder sich in diese Staaten völlig aufgelöst haben. Reiner dieser Kriegzielpolitik der Entente denkt aber im Traum daran, das gleiche Recht denjenigen Nationen zuzubilligen, die, wie man weiß, in weit größerem Umfang, und in weit bitterer Art von den Ententestaaten unterdrückt und ausgebeutet werden. Wir brauchen nur an die Iren und Jader zu erinnern, aber nicht weniger an die Fremdböden, die unter russischer Oberhoheit schmachten, und wir müßten doch auch nicht unterlassen, gerade Herrn Wilson an die grausame Unterdrückung und Ausbeutung der Neger durch die Vereinigten Staaten zu erinnern. Was Frankreich und Belgien betrifft, so braucht man nicht so sehr an ihre Kolonialpolitik zu erinnern, als an die Politik, die sie dem Balkan gegenüber stets gezeigt haben, und das französische sogenannte „Protectorat über die orientalische Christenheit“ wor bis auf den heutigen Tag nichts anderes als eine schöne Fiktion, unter der nach allen Regeln der Kunst die Balkanländer, wo es nur immer möglich war, ausgebeutet wurden, eine Methode, die ihren Höhepunkt in der jetzigen Vergewaltigung Griechenlands gefunden hat.

Wenn wir aber von diesen aktuellen Proben und Einzelheiten absehen, so muß man zugeben, daß überhaupt die Frage des Verhältnisses von Staat und Nationalität zu den schwierigsten, ganz von Widerspruch erfüllten Problemen gehört. Das Verhältnis von Staat und Nationalität hat sich eben niemals einseitig nach dem Naturrecht entwickelt, sondern immer unter dem Zwang und unter der Gewalt geschichtlicher Notwendigkeit. Die Macht staatlicher und politischer Organisationen, die Gewalt geschichtlicher Ereignisse hat das Naturrecht über den Haufen gerannt, und so wenig eine Nation heute noch in ihrer ursprünglichen Reinheit besteht, so wenig wäre es möglich, sie wieder in ihrer alten Reinheit herzustellen. Wer deswegen dennoch auf ein Programm setzt, ist entweder ein unverbesserlicher Ideologe, wie sicherlich viele der Herren, die jetzt in Stockholm zusammengekommen sind, oder ein unverbesserlicher Heuchler wie Herr Wilson. Die Geschichte hat eben die natürliche Entwicklung bezwungen und an die Stelle der ursprünglichen nationalen Formationen staatliche Organisationen gesetzt. Diese staatlichen Organisationen haben ihre eigene Entwicklung und ihre eigene Macht, durch die vielfach sogar die ursprünglichen Nationalitäten nahezu völlig aufgelöst wurden. Es ist deshalb eine Utopie, durch den kommenden Friedensschluß etwa diese geschichtliche Entwicklung zurückzuführen zu wollen und unter allen Umständen den natürlichen Uppreisung einer Nation zum Maßstab ihrer staatlichen Organisation zu machen. Auch bei dem kommenden Friedensschluß wird die geschichtliche Macht und die Gewalt des Sieges über die Nationalitäten entscheiden, d. h. darüber, zu welchem Staatenverbände sie kommen sollen, soweit sie dann etwa überhaupt noch zwischen den bestehenden Staaten in der Verteilung schwanken müssen.

Wir sollen es uns deshalb angelegen sein lassen, die Nationalitätenfrage und das Verhältnis von Staat und Nationalität möglichst nüchtern und sachlich zu behandeln und nur darauf bestehen, wie es die deutsche Regierung in ihren verschiedenen programmatischen Erklärungen auch immer wieder getan hat, daß bei den Kriegzielbestimmungen über die Rechte der Nationen nicht das Recht der Geschichte vergessen wird. Es kann sehr wohl Fälle geben, wo die geschichtliche Entwicklung staatlicher Organisationen einzelne Nationalitäten gerade durch Verzicht auf staatliche Selbstständigkeit zur höheren Entwicklung gebracht hat. Es kann aber auch umgekehrt sein, so daß politisch eine allgemeine Lösung für das Verhältnis von Staat und Nationalität überhaupt nicht zu geben ist, sondern nur von Fall zu Fall an den einzelnen Beispielen diskutiert werden kann. Wir Deutschen aber können getrost auf jeder Friedenskonferenz die kommen mag, der Unterstützung über Staat und Nationalität gegenüber, denn, wo immer durch die Macht der geschichtlichen Entwicklung kleine Nationen in unseren staatlichen Verband aufgenommen wurden, ist das gerade zu ihrem eigenen Vorteil ausgeschlagen. Umgekehrt aber gibt es kaum einen Fall in der Entente, wo sie nicht mit der Ausnahme einer Nation in ihren Staatenverband zugleich die wahnsinnigste Ausbeutung und rücksichtsloseste Auslöschung dieser Nation verbunden hat.

Kleine politische Nachrichten

Auburn, 21. Juni. In einer gemeinsamen Sitzung der Wahlrechtsverbände der Senatspartei in den Freisen Raven und Wyomiet wurde einstimmig beschlossen, der demnächst stattfindenden Delegiertenversammlung der Kreise Professor Schmitz in Auburn als Nachfolger unseres verstorbenen Reichstagsabg. Wallenborn vorzuschlagen.

bauen des Landes vorzunehmen. Der Vorrat an Getreide und anderen Landwirtschaftsprodukten nehme bedeutend ab. In vielen Städten werde die Milch selten und die Obstbäume verlaßen ihr Vieh aus Furcht. Nach drohe ein empfindlicher Mangel an Brennmaterialien. Der Steinkohlenvorrat erschöpfe sich, und die Bauern weigern sich, Kohle umzulagern, da sie hoffen, in den Besitz der Baumstämme zu gelangen. Im Augenblick sei es immer noch möglich, die Bauern mit Worten zu überzeugen. Wenn aber einmal Hunger und Kälte herrschen, so werde das Parlament zu Gewaltmitteln schreiten. Ein Bürgerkrieg zwischen den Städten und den Bewohnern des Landes werde die natürliche Folge sein. Den einzigen Lichtpunkt erblickt der Korrespondent in der Verbesserung der Stimmung beim Meer.

Eine russische Offensive?

Amsterdam, 22. Juni. (B. Z. A.) Der Korrespondent des „Algemeen Handelsblad“ erzählt aus gut unterrichteter russischer Quelle, daß die vorläufige Regierung und der Vertreterauschuss der Soldaten und Arbeiter am 21. Juni die Wiederaufnahme der Offensive auf der ganzen russischen Front beschloßen habe. (Englische Blätter teilen im Gegenlatz dazu mit, daß eine Offensive abgelehnt worden sei. Red.)

Rückreise russischer Verbannter.

Singen, 21. Juni. Heute vormittag 8 Uhr trafen mit Ertrag von Schiffen kommend 300 russische Staatsangehörige hier ein, die bis in der Schweiz in Verbannung gelebt hatten und jetzt wieder nach Russland zurückkehren dürfen. — Um 8.30 Uhr fuhr der Zug in der Richtung Offenbürg weiter.

Die Entente-Verträge.

Berlin, 22. Juni. Noch immer bemüht man sich in Stockholm und Petersburg und an anderen Orten, sich möglichst schlau um die in den Revolutionswochen des russischen Bundesgenossen entstandene Frieformel „ohne Annexionen und Entschädigungen“ herumzudrehen. Tiefeninnig bemüht man sich, die Tauschspielereien daß die Einverleibung Elsaß-Lothringens keine Annexion, sondern eine Zurückgabe sei, als eine Art älteren Grundgesetz des Völkerrechts darzustellen. Dabei ist es von Interesse, zu sehen, wie ängstlich sich die Ententestaaten bemühen, verfahren zu machen, was sie nicht nur durch ihre Presse, sondern auch durch den Mund berühmter Staatsleiter in dem Eifer und der Eile der ersten Kriegsjahre als Siegespreis von dem niedergeborenen Deutschland und seinen Bundesgenossen verlangt und angefordert haben. Davon ist es jetzt still, um die immer noch etwas gefährlichen Idealisten nicht vor den Kopf zu stoßen, die sich einen dauernden allgemeinen Frieden nur ohne Annexionen und Entschädigungen denken können. Mit ganz besonderer Sorge aber bemüht man sich namentlich in Paris, wo man sich in Geheiminsinuationen der Kammer mit dem russischen Verlangen einer Nachprüfung der Kriegsziele der Ententestaaten befaßt hat, das öffentliche Bewusstsein der mit Russland abgeschlossenen Geheimverträge zu verwischen, deren realer Inhalt etwas anderes bedeutet, als die annexionlose Friedensformel. Es ist seit einiger Zeit schon auf dem Wege über die „Berliner Tagung“, man kann also vermuten: vielleicht als sozialrevolutionärer russischer Quelle, bekannt geworden, daß Frankreich im Einverständnis mit England vor gar nicht langer Zeit, nämlich im Februar dieses Jahres, mit der russischen Regierung ein geheimes Abkommen abgeschlossen hat, in dem Frankreich als Siegespreis nicht etwa nur Elsaß-Lothringen zugesagt wird, sondern auch das Saargebiet und Teile der Rheinprovinz, die es sich ausfinden darf, worauf dann aus dem Reste dieser Provinz ein Pufferstaat errichtet werden soll. Außerdem bekommt in diesem Verträge Frankreich noch Sarlen versprochen. Wäher ist diesen Angaben, die in Russland ganz gewiß bald nachzuprüfen sind und in Paris noch leichter, von seiner Seite in der Ententepresse oder in anderer Form widersprochen worden. Das ist zu bedauern: denn in diesen Tagen, in denen so viel über die Möglichkeiten und die Bedingungen eines allgemeinen Friedens gesprochen und durch Gutgläubige und nicht Gutgläubige verhandelt wird, wäre es der Sache gewiß sehr förderlich, wenn man wüßte, ob man in Frankreich noch ernsthaft an diese mit der zaristischen Regierung kurz vor ihrem Sturz vereinbarten Kriegsziele denkt, oder ob man sie nach der noch nicht abgeschlossenen Umwälzung in Russland zu rüden bereit ist, oder ob man nur so schlau ist, zur Zeit nicht mehr von ihnen zu sprechen.

Der österreichische Bericht

Wien, 22. Juni. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart: In Salzburg dauerte die gesteigerte Feuerstätigkeit an. Sonst ist die Lage überall unverändert.

Der Austritt des Rabinets Clam-Martini.

Wien, 22. Juni. (B. Z. A.) Die morgige „Wiener Zeitung“ wird das nachstehende Handschreiben des Kaisers veröffentlichen: Ueber Graf Clam-Martini! In Billigung Ihrer Bitte gewähre ich Ihnen gnädig in Gnaden die Demission meines österreichischen Gesamtministeriums und beauftrage Sie und die Mitglieder des bisherigen Rabinets bis zur Bildung eines neuen Rabinetsministeriums die Amtsführung fortzusetzen.

Lageburg, 22. Juni 1917.

Carl m. p., Clam-Martini, m. p.

Die Krise der Schweiz

Eine Darstellung Grimms.

Stockholm, 21. Juni. (B. Z. A.) Meldung Svenska Telegram-Böran. Nationalrat Grimm veröffentlicht eine Erklärung über die Umstände seiner Ausweisung aus Russland, in der er sagt:

Kretsch und Martov seien bei ihm erschienen und hätten ihn gefragt, ob der Schweizerische Gesandte in Petersburg Friedensverhandlungen der

Zur Lebensmittelfrage

Die Judenverhältnisse in den Rasterstätten.

Die Judenverhältnisse in den Rasterstätten sind seit dem 1. April 1917 in der Tat sehr verschiedenartig geworden. Die Judenverhältnisse in den Rasterstätten sind seit dem 1. April 1917 in der Tat sehr verschiedenartig geworden. Die Judenverhältnisse in den Rasterstätten sind seit dem 1. April 1917 in der Tat sehr verschiedenartig geworden.

Aus aller Welt

König (Postleutnant) Die Plötzlichkeit von Wilhelm Kaiser in Mainz.

Die Plötzlichkeit von Wilhelm Kaiser in Mainz. Die Plötzlichkeit von Wilhelm Kaiser in Mainz. Die Plötzlichkeit von Wilhelm Kaiser in Mainz.

Bermischtes

Die Barbaren. Ein Prospekt, gelegentlich dem Kaiser folgende Bilder aus den letzten Jahren Frankreichs.

Die Barbaren. Ein Prospekt, gelegentlich dem Kaiser folgende Bilder aus den letzten Jahren Frankreichs. Die Barbaren. Ein Prospekt, gelegentlich dem Kaiser folgende Bilder aus den letzten Jahren Frankreichs.

Aus der Provinz

Wiesbaden, 22. Juni. Die Stadtverwaltung hat im Auftrag des Herrn Reichsrat von Wiesbaden.

Wiesbaden, 22. Juni. Die Stadtverwaltung hat im Auftrag des Herrn Reichsrat von Wiesbaden. Wiesbaden, 22. Juni. Die Stadtverwaltung hat im Auftrag des Herrn Reichsrat von Wiesbaden.

Berichtsaal

Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise.

Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise. Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise. Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise.

Befestigung

auf die Rheinische Volkszeitung werden jederzeit entgegengenommen.

auf die Rheinische Volkszeitung werden jederzeit entgegengenommen. auf die Rheinische Volkszeitung werden jederzeit entgegengenommen.

Pulver und Gold

Roman aus dem Jahre 1870/71 von Herrn Schöning.

Roman aus dem Jahre 1870/71 von Herrn Schöning. Roman aus dem Jahre 1870/71 von Herrn Schöning.

Berichtsaal

Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise.

Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise. Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise. Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise.

Pulver und Gold

Roman aus dem Jahre 1870/71 von Herrn Schöning.

Roman aus dem Jahre 1870/71 von Herrn Schöning. Roman aus dem Jahre 1870/71 von Herrn Schöning.

Berichtsaal

Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise.

Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise. Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise. Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise.

Berichtsaal

Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise.

Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise. Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise. Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise.

Berichtsaal

Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise.

Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise. Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise. Frankfurt a. M. In schauerlicher Weise.

